

Die Sprachen

Im sozialistischen Jugoslawien gab es offiziell drei Staatssprachen: Serbokroatisch, Slowenisch und Makedonisch. Die meistgesprochene Sprache war Serbokroatisch; sie galt als Nationalsprache der Serben, Kroaten, Montenegriner und Bosnier. Allerdings ist Serbokroatisch eine Kunstsprache, die sich aus Serbisch und Kroatisch zusammensetzt. Bis 1954 existierten Serbisch und Kroatisch als voneinander unabhängige Sprachen. Erst das Abkommen von Novi Sad 1954 erklärte sie zu einer Sprache.

Das Abkommen von Novi Sad erkennt beide Varianten als richtig an. Insofern gab es nie ein „Serbokroatisch“ als Hochsprache, das über dem Serbischen bzw. Kroatischen stand; man sprach entweder die eine Variante oder die andere. Heute wollen weder Serben noch Kroaten etwas von „Serbokroatisch“ hören, sondern sprechen ausschließlich von Serbisch bzw. Kroatisch und merzen alle Ausdrücke aus ihrer Sprache aus, die im Laufe der Jahrzehnte vom anderen Volk übernommen wurden.

Serbisch und Kroatisch sind sich sehr ähnlich; am ehesten lassen sie sich vielleicht mit Englisch und Amerikanisch vergleichen. Es gibt einige Unterschiede in Grammatik,

Wortschatz, Syntax und Aussprache; die Serben schreiben kyrillisch und die Kroaten lateinisch. Das wichtigste Unterscheidungsmerkmal ist die unterschiedliche Entwicklung des urslawischen Lautes „jat“: Bei den Kroaten ist daraus ein „ije“, „i“ oder „je“ geworden, während es bei den Serben ein reines „e“ ist. So heißt beispielsweise „Fluß“ auf Kroatisch *rijeka* und auf Serbisch *reka* oder „Lied“ kroatisch *pjesma* und serbisch *pesma*.

Makedonisch wurde erst nach dem Zweiten Weltkrieg als Sprache anerkannt, zugleich mit der Anerkennung der Makedonier als Volk im Zusammenhang mit der Schaffung der Republik Makedonien.

Zur Aussprache

- c = z (Cetinje = Zetinje)
- č = tsch (Četnik = Tschetnik)
- ć = (weiches) tjtsch (Milošević = Miloschewitjsch)
- dj = j wie Joe (Tudjman)
- š = sch (Ustaša = Ustascha)
- z = stimmhaftes s wie deutsch Sand (Zagreb)
- ž = französisches j wie Jean

Die Betonung liegt fast immer auf der ersten Silbe (Dübrovnik).

Alexandra Stiglmayer:
Das Ende Jugoslawiens.
Informationen zur politischen Bildung aktuell, Heft 1,
1992, S. 7

Kontinuität der serbischen Kosovo-Politik

Repression als unheilvolle Tradition seit den Balkankriegen

Im Rückblick auf fast ein Jahrhundert serbisch-jugoslawischer Kosovo-Politik erscheint das derzeitige massive militärische Vorgehen Belgrads gegen die albanische Bevölkerung keineswegs als Ausnahme, sondern fast schon als Regel. Abgesehen von relativ kurzen Perioden herrschte rücksichtslose Unterdrückung vor.



Aufnahme vom März 1989: Nach antialbanischen Demonstrationen in Belgrad und Zusammenstößen zwischen Serben und Kosovo-Albanern patrouillieren Polizeifahrzeuge durch Pristina. (Bild Dukas)

Ekr. Schon vor der Eroberung Kosovos durch serbische und montenegrinische Truppen im ersten Balkankrieg (1912/13) hatten sich die Beziehungen zwischen Serben und Albanern entscheidend verschlechtert. Die expansionistische Politik des serbischen Staates zielte auf Gebiete, in denen Albaner lebten und zum Teil, wie eben in Kosovo, die Bevölkerungsmehrheit stellten. Lange Zeit der osmanischen Herrschaft gegenüber loyal gesinnt, weshalb sie in den Augen der Serben als Gendarmen des Sultans verrufen waren, strebten sie schliesslich als eines der letzten Balkanvölker ebenfalls nach einem eigenen Nationalstaat. Gerade Kosovo, für die Serben in nationalromantischer Verklärung «heiliger Boden», spielte mit der 1878 gegründeten Liga von Prizren eine wichtige Rolle für die albanische Nationalbewegung.

Gefühl der Überlegenheit

Es waren aber nicht nur die divergierenden nationalen Interessen und der religiöse Gegensatz, welche die Beziehungen zwischen den beiden Völkern belasteten. Hinzu kam das Gefühl kultureller und zivilisatorischer Überlegenheit, mit dem die Serben auf die Albaner als angeblich wildes Volk hinabblickten, das nicht einmal eine Nation sei. Den serbischen Ministerpräsidenten Vladan Djordjevic erinnerten die Albaner an halb-menschliche, auf dem Wege der Evolution stehengebliebene Wesen. Generell war die serbische Sicht der Albaner seit dem Ende des 19. Jahrhunderts rassistisch geprägt; dies scheint bis heute nachzuwirken.

Bereits im September 1913 reagierte die albanische Bevölkerung mit einem Aufstand auf die brutale Behandlung durch das serbische und montenegrinische Militär. Kaum hatten sich die Lebensbedingungen in den Jahren 1916-1918 unter der österreichischen Verwaltung, unter der das Gebiet nach der Eroberung Serbiens durch die Mittelmächte stand, gebessert, als 1918 die

serbische Armee zurückkehrte. Wiederum kam es zu Massakern; in der westlich von Pec gelegenen Rugovo-Schlucht wurden im Februar 1919 fünfzehn Dörfer durch Artilleriebeschuss zerstört. Viele flüchteten nach Albanien. 1920 führte die jugoslawische Armee sogar einen Feldzug gegen das Nachbarland, bei dem 157 Dörfer zerstört und über 700 Zivilisten getötet wurden. Das albanische Kosovo-Komitee organisierte den bewaffneten Widerstand. Die Guerillaaktionen der Freischärler machten der jugoslawischen Gendarmerie in allen von Albanern bewohnten Regionen Jugoslawiens (ausser Kosovo auch Mazedonien und Montenegro) erheblich zu schaffen.

Junik, in den jüngsten Kämpfen eine wichtige Basis der Befreiungsarmee Kosovo (UCK), diente bereits damals der albanischen Guerilla als wichtiger Stützpunkt. Nur mit Hilfe des albanischen Politikers Ahmed Zogu, der sich später zum König proklamierte, gelang es den jugoslawischen Behörden schliesslich, ihrer Herr zu werden. Zogu war ein Gegner des Kosovo-Komitees, das seine innenpolitischen Kontrahenten, in deren Reihen sich viele Kosovo-Albaner befanden, unterstützte. Nachdem er mit jugoslawischer Hilfe 1924 an die Macht zurückgekehrt war, schnitt er die Guerilla von ihrem aus Nordalbanien kommenden Nachschub ab. Einzelne Freischärlergruppen leisteten noch bis zum Ende der zwanziger Jahre Widerstand.

Erfolglöse Politik der Assimilierung

Anfangs glaubte man an die Möglichkeit, die Albaner zu assimilieren. Der serbische Ministerpräsident Nikola Pasic ging 1913 davon aus, dass dies innerhalb von 20 bis 25 Jahren zu verwirklichen sei. Schon vor der Eroberung Kosovos war ein grosser Teil der dortigen Albaner in serbischen Statistiken als «islamisierte Serben» ausgegeben worden. Offiziell gab es im Königreich Jugoslawien keine albanische Minderheit. Publikationen in albanischer Sprache waren verboten,

ebenso die Einfuhr von Büchern aus Albanien. 1918 wurden alle albanischen Schulen geschlossen, und das Serbokroatische wurde Unterrichtssprache; als Lehrer setzte man serbisch gesinnte bosnische Muslime ein, mit deren Hilfe man die albanischen Kinder zu Serben machen wollte. Die Erfolge waren äusserst bescheiden; zudem galt zuviel Bildung für die Albaner auch wieder als gefährlich, so dass ihnen als einzige Bildungseinrichtung schliesslich nur die sogenannten türkischen Schulen religiöser Prägung blieben. Es verwundert somit nicht, dass die Analphabetenrate damals bei 90 Prozent lag.

Um die demographischen Verhältnisse zu verändern, wurde 1920 ein Dekret zur Ansiedlung von Kolonisten erlassen. Diese waren sogar gegenüber den alteingesessenen Serben privilegiert. Sie durften bis zu 50 Hektar Land besitzen, staatliche oder in Gemeindebesitz befindliche Wälder und Weiden unentgeltlich nutzen; sie waren ausserdem drei Jahre lang von Steuern befreit. Der Staat hatte sich bereits genügend Land angeeignet, um diese Siedler auszustatten. Rechtstitel aus osmanischer Zeit wurden häufig nicht respektiert, der Besitz von ausser Landes gegangenen Personen wurde konfisziert, Enteignungen schlecht entschädigt. Auch die Agrarreform von 1932 wurde benutzt, um den albanischen Grundbesitz zu reduzieren. Umgekehrt wurde in den dreissiger Jahren die Grösse albanischen Landbesitzes stark eingeschränkt, um den Druck zur Auswanderung zu erhöhen. Tatsächlich ging der albanische Anteil an der Bevölkerung Kosovos von 65,8 Prozent (1921) auf 54,4 Prozent (1939) zurück, während sich jener der Serben und Montenegriner von 21,1 Prozent auf 33,1 Prozent erhöhte.

Doppelt verdächtigt

Nach der Zerschlagung Jugoslawiens durch die Achsenmächte 1941 wurde der grösste Teil der Region von der italienischen Besatzungsmacht dem neugeschaffenen Grossalbanien angeschlossen. Die serbischen Kolonisten und Beamten wurden ausgewiesen und konnten nach dem Krieg nur zum Teil zurückkehren. Im kommunistischen Jugoslawien nach dem Zweiten Weltkrieg war die Lage der Albaner jedoch anfänglich kaum besser. Titos Partisanen hatten in Kosovo einen schweren Stand gehabt. Im Herbst 1944 wurde die neue Macht zudem mit einer albanischen Erhebung konfrontiert, die erst im Frühjahr 1945 niedergeschlagen werden konnte; bis zum Beginn der fünfziger Jahre dauerte der bewaffnete Widerstand an. Waren die Kosovo-Albaner zuerst nur mit dem Odium der Konterrevolution behaftet, so galten sie nach dem Kominform-Konflikt von 1948, bei dem sich Albanien zum Jugoslawienfeindlichen Lager geschlagen hatte, gleich als doppelt verdächtig.

Die Autonomie Kosovos bestand lediglich in lokaler Selbstverwaltung. Es gab weder ein eigenes Parlament noch ein Oberstes Gericht wie in der Autonomen Provinz Vojvodina. Der grossserbisch gesinnte Geheimdienstchef Rankovic überwachte argwöhnisch die albanische Bevölkerung; selbst über albanische KP-Funktionäre wurden Dossiers angelegt. Erst 1966 wurde Rankovic gestürzt, weil er sogar für Tito zu einer Gefahr geworden war. Nach Unruhen in Kosovo Ende 1968, die auch auf die in Mazedonien lebenden Albaner übergriffen, wurde 1969 durch eine Änderung der jugoslawischen Verfassung das Verhältnis zwischen der Republik Serbien und der nun Autonomen Provinz Kosovo neu definiert: Letztere erhielt de facto, wenn auch nicht de iure, den Status einer jugoslawischen Teilrepublik.

Nun waren es tatsächlich die Albaner, die Kosovo dominierten. Seit den sechziger Jahren hatte sich die Demographie der Provinz drama-

tisch zu ihren Gunsten zu verändern begonnen. Bis dahin war das zahlenmässige Verhältnis zwischen den beiden ethnischen Gruppen weitgehend stabil gewesen, nun erhöhte sich der albanische Bevölkerungsanteil markant von 67,2 Prozent (1961) auf 73,7 Prozent (1971), während der Anteil der Serben und Montenegriner gleichzeitig von 27,5 Prozent auf 20,9 Prozent fiel. Dies lag keineswegs allein an einer höheren Geburtenrate der Albaner, sondern auch daran, dass viele Serben aus wirtschaftlichen Gründen dem unterentwickelten Kosovo den Rücken kehrten. Als die Albaner dann in den siebziger Jahren in Verwaltung und Partei eine führende Rolle übernahmen, war dies für viele Serben ein weiterer Grund, Kosovo zu verlassen; teilweise übten Albaner nun ihrerseits Druck aus. So wanderten von 1971 bis 1981 rund 100 000 Serben und Montenegriner ab; 1981 stellten die Albaner 77,4 Prozent, Serben und Montenegriner 14,9 Prozent.

1981 begehrten die Albaner auf; sie forderten, Kosovo zu einer Teilrepublik innerhalb Jugoslawiens aufzuwerten. Heute, fast zwanzig Jahre später, ist davon keine Rede mehr; nun geht es um die vollständige Unabhängigkeit. Die Belgrader Führung unter dem jugoslawischen Präsidenten Milosevic, bei dessen Aufstieg die Instrumentalisierung der Kosovo-Frage eine entscheidende Rolle spielte, ist ihrerseits seit dem Ende der achtziger Jahre zur alten serbischen Politik brutaler Repression zurückgekehrt. Auch wenn ein Ende der serbischen Herrschaft im Moment noch in der Ferne zu liegen scheint, so dürfte die Unterdrückungspolitik Belgrads in letzter Konsequenz genau das zur Folge haben, was sie verhindern wollte, nämlich ein rein albanisches Kosovo, in dem keine Serben mehr leben.

NZZ 25.8.98

Das alte, neue Pulverfaß Europas

Explosives Gemenge von Völkern, Religionen und Kulturen

Jahrhundertealte Konflikte auf dem Balkan brechen wieder auf
Haß und Vorurteile erschweren friedensstiftende Kompromisse

Von Imanuel Geiss

Das Parlament

Nr. 10-11 28. Februar/6. März 1992

Wieder einmal geht ein Gespenst um in Europa, diesmal mit realen Hintergründen — der Balkan als Pulverfaß Europas. Düstere Erinnerungen an Sarajevo 1914 steigen wieder auf. Dort entsprang der berühmte Funke, der die Lunte zum Ersten Weltkrieg entzündete.

Serbien, die große Unruhe auf dem Balkan bis 1914, wird wieder aktiv, wie ein (scheinbar) erloschener Vulkan. Bosnien-Herzegovina, die kritische Explosivmasse (von Österreich-Ungarn 1878/1908 einverleibt, an der es dann im Ersten Weltkrieg zugrundeging) könnte wieder einem Vielvölkerstaat den Rest geben, diesmal dem schon faktisch dahingeschiedenen südslawischen Jugoslawien. Makedonien, Kosovo, die Voivodina sind weitere Konfliktherde, ganz zu schweigen vom Krieg Serbiens gegen Kroatien.

Und Jugoslawien ist nur ein Anfang. Rumänien birgt ähnlich viele Konfliktregionen wie Jugoslawien — Siebenbürgen/Transsylvanien, Bukowina, Dobrudscha, das einst sowjetische Bessarabien/Moldawien, das in seiner neuen Unabhängigkeit wieder Anschluß an Rumänien sucht. Groß-Rumänien mit einem neuerwachten rumänischen Chauvinismus wäre nicht minder explosiv wie das dahinzukommende Jugoslawien. Albanien mit kompakten Siedlungsgebieten von Albanern im jugoslawischen Kosovo und Makedonien hat seine eigene Irredenta — „unerlöste“ Minderheiten ohne eigene politische Rechte oder gar Autonomie.

Ein Kapitel für sich sind türkische Minderheiten in Bulgarien und Nordostgriechenland (West-Thrakien). Sie werfen analoge Probleme auf wie zuvor schon auf Zypern zwischen der Mehrheit von Inselgriechen und der Minderheit der Inseltürken. Wenn Türken sich über assimilierenden Druck auf ihre Landsleute vor allem in Bulgarien beklagen, so vergessen sie, daß sie ihre eigenen Minderheiten (Kurden, Armenier, Araber) sogar noch schlimmer behandeln. Anders als an den übrigen Balkanstaaten mit assimilierenden Staatsnationen-Allüren (Serben, Rumänen, Bulgaren) oder Irredenta (Albanern) steht hinter den türkischen Minderheiten auf dem Balkan, also in Europa, eine latente Großmacht, die Türkei.

Geographische Enge und kulturelle Vielfalt

Europa kann es sich nicht länger leisten, in der süßen Unschuld konfliktverschleiender Ignoranz zu leben. Die historische Vermissung des Konfliktraums Balkan ist für gebildete Mitteleuropäer zugleich auch Training für die noch größeren und schwierigeren Konflikträume Kaukasus/Transkaukasien und Schwarzafrika! Freilich hat schon die räumliche Abgrenzung und sachliche Definierung des Balkans ihre eigene Tücke: Die Balkanhalbinsel hat ihren Namen von dem Gebirge, das sich in Ost-West-Richtung quer durch Bulgarien zieht. Aber für manche Süddeutsche beginnt „Balkan“ schon südlich der Donau, für Bayern hinter Passau, für die Österreicher östlich und südöstlich ihres eigenen Landes. Ungarn, Slowenen und Kroaten wären vermutlich empört über ihre Zuweisung zum „Balkan“. „Balkan“ gilt als abwertende

Bezeichnung für ökonomische, soziale und kulturelle „Rückständigkeit“. Wer in der Modernisierungs- und Industrialisierungspyramide der Neuzeit hoch genug steht, wälzt den „Balkan“-Makel tunlichst auf unter ihm Stehende ab, bis er zuletzt bei Serben, Albanern, Makedonen, Bulgaren, Griechen und Türken hängenbleibt, die sich, schon aus geographischen Gründen, dagegen kaum noch sträuben können.

Im folgenden ist als „Balkan“ ganz unsentimental Südosteuropa zwischen Deutschen und Russen im Norden und Türken im Süden gemeint. Diese Völker gerieten direkt im Verlauf der Geschichte oder indirekt unter türkische und/oder russische Herrschaft. Zu den elementaren Voraussetzungen des „Balkan“ gehört seine außerordentliche geographische Aufspaltung in zahlreiche, meist kleinräumige Untereinheiten — große Gebirge, vor allem Karpathen und eben der Balkan. Ihnen stehen nur wenige größere zusammenhängende Tiefebenen gegenüber, vor allem die Puszta (Slawisch: „puszta“ = leer), ferner die Moldau und die Walachei, durchflossen vom größten Strom Europas, der Donau.

Zwischen Machtvakuum und imperialer Herrschaft

Der geographischen entspricht eine für Europa außergewöhnliche ethnische und kulturelle Fragmentierung: Ethnische Einheiten blieben meist kleinräumig und relativ schwach, zumal sie sich, wie üblich, durch Rivalität mit ihren Nachbarn im Kampf um elementare Grundlagen ihrer Existenz, noch weiter gegenseitig schwächten. Der Balkan war daher in seiner ganzen bekannten Geschichte stets mehr oder weniger ein Machtvakuum. Stattdessen dominierte die Fragmentierung in geradezu chaotisch fluktuierende lokale bis höchstens regionale Machtstrukturen — vom Seevölkersturm um 1200 v. Chr. bis zur Gegenwart.

Als klassisches Machtvakuum zog der Balkan daher immer wieder die Expansion erobernder Großreiche auf sich — vom lateinischen Rom von Westen über das sich re-gräzisierende Ostrom/Byzanz und den muslimischen Türken aus dem Osten. Im Mittelalter errichtete Ungarn eine regionale Hegemonie bis 1526, als die Osmanen das mittelalterliche Ungarn bei Mohács zerschmetterten. Nach der Niederlage der Türken bei Wien 1683 drängten die Deutschen Österreichs die Türken von Nordwesten zurück, eine Generation nach der Reichseinigung von 1871 dann das Deutsche Reich kulminierend im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Vor 1914 übten das orthodoxe zaristische, nach 1945 das kommunistische Rußland eine zumindest indirekte Hegemonie über Teile des Balkan aus.

Der Balkan ist Europas klassische Minderheiten-Region: Auch in modernen Nationalstaaten seit dem Ersten Weltkrieg zählte das Reichsvolk bzw. die Staatsnation oft nur rund 50% der Einwohner, die andere Hälfte sind Minderheiten, kompakte und weit zerstreute: Groß-Ungarn des Mittelalters bis 1526, dann der Neuzeit seit dem Ausgleich 1867 bis zu seinem Untergang 1918, die beiden

Groß-Bulgarischen Reiche und das Groß-Serbische Reich im Mittelalter, Jugoslawien seit 1918 mit den Serben als dominierender Nation. Allein im heutigen Rumänien rechnet man mit 23 Völkern, Nationalitäten und Volkssplittern. Bosnien-Herzegovina und Makedonien sind ähnlich ethnisch gemischt.

Die kulturelle Spaltung: Latinität – Orthodoxie

Die Situation kompliziert sich noch weiter, weil die verschiedenen Imperien unterschiedliche kulturelle und religiöse Strukturen hinterlassen haben. Die europäische Kultur begann zwar mit der griechischen Klassik, aber die Eroberungen Roms bis zur Donaulinie (die sie mit Dakien, dem heutigen Rumänien, vorübergehend für rund 150 Jahre überschritten — 105—251) hinterließen dem Balkan gleich zwei miteinander rivalisierende kulturelle Erben: Das lateinisch-römisch-katholische im Westen und Norden und das griechisch-orthodoxe im Osten und Süden.

Äußerlich ist die Kulturgrenze markiert durch die Linie der endgültigen Teilung des Römischen Reiches im Jahre 395, später nach Norden verlängert durch die Christianisierung des außerrömischen Europa im Mittelalter, religiös aufgeladen und verfestigt durch das große Schisma zwischen Rom und Byzanz von 1054, das bis heute anhält. Diese alte Strukturgrenze von 395/1054 teilt unbarmherzig Europa, vor allem den Balkan und damit auch Jugoslawien in einen lateinisch geprägten Norden und Westen und in einen orthodoxen Süden und Osten.

Wie auch sonst werden Religionen zu symbolhaften Chiffren für tiefstehende Gesellschafts- und Mentalitätsunterschiede. Sie haben sich mit rund 1500 Jahren getrennter Entwicklung in die Denk- und Handlungsstrukturen der Balkanvölker tief eingegraben. So entstanden archaische Differenzen, die aller Aufklärung der letzten 200 Jahre oder gar des kommunistischen Atheismus spotten: Selbst der lateinische Westen/Norden des Balkans partizipierte, allen Behinderungen zum Trotz, insgesamt an den großen Entwicklungsströmen des lateinischen Europa seit dem Hochmittelalter ab ca. 1000 — während im anderen Teil die Autokratie Ostroms/Byzanz vorherrschte, zuletzt bis zum Ukas des Zaren, des Diktators oder des Politbüros. Hier hielten sich auch ältere Sozial- und Mentalitätsstrukturen wie Großfamilie/Clan/Sippe und die mit ihr verbundene Blutrache.

Balkan-Massaker und Genozid-Komplexe

Unter der osmanischen Herrschaft ging die Zivilisierung der Kriegführung im lateinischen Europa durch Trennung von Kriegführenden und Zivilbevölkerung im 18. und 19. Jahrhundert am Balkan weitgehend vorbei: Nationale Befreiungskriege gegen die Türken ab 1804 und Kriege der aufstrebenden Nationalstaaten untereinander (vor allem Serben gegen Bulgaren, bis hin zu den beiden Balkankriegen

1912/13) brachten eine Renaissance des Massakers an unbeteiligter Zivilbevölkerung — Orthodoxe gegen Muslims, Muslims gegen Orthodoxe, orthodoxe Serben gegen orthodoxe Bulgaren, im Zweiten Weltkrieg katholische Kroaten gegen orthodoxe Serben, 1945 dann im Gegen-schlag orthodoxe Serben gegen katholi-sche Kroaten.

Das ist der doppelte Blutgraben, der seitdem endgültig die beiden an sich sprachlich so nahestehenden Völker von-einander trennt, — auch unter dem äu-ßeren Firnis eines angeblich proletarisch-internationalistischen Kommunismus. Gemäß dem älteren Prinzip der Blutrache brechen jetzt alte Wunden wieder auf, werden ältere, unbewegliche Rechnun-gen gerächt. Unterdrückte Komplexe wurden nie ehrlich und rational behan-delt, z. B. durch eine dann — im besten Fall — therapeutisch wirkende redliche Aufarbeitung durch die Geschichtswis-senschaft, sondern sie rumorten im Untergrund der Nationalseelen kollektiv und vergiftend weiter. Ihre traumatische Erfahrung mit den Kroaten im Zweiten Weltkrieg erklärt vielleicht subjektiv die sonst unerfindliche Angst der orthodoxen Serben vor der ihnen angeblich drohen-den genozidalen Auslöschung, die objek-tiv im demokratischen Europa von 1991 unberechtigt erscheint.

Soziale Enthauptung und historische Nostalgie

Ein weiterer Grund für den jüngsten Amoklauf der serbischen Führung ist noch in einer anderen traumatischen Erfahrung der Serben im Spätmittelalter zu suchen: Nach dem Sieg der muslimi-schen Osmanen in den beiden Schlachten auf dem Amsfeld 1389 und 1448 sowie der Eroberung Bosniens (1463) und der Herzegovina (1483) trat der überlebende serbische Adel geschlossen zum Islam über, um sich seine Privilegien zu erhal-ten. Die Serben waren seitdem sozial und kulturell gleichsam geköpft. Sie konnten nur als kulturell und sozial führungslose Bauernbevölkerung überleben, zusam-mengehalten durch eine nun in der Tat volksnahe, bäuerliche orthodoxe Kirche. In den Befreiungskriegen seit dem Serbi-schen Aufstand von 1804 mußten die Serben daher eine eigene moderne Füh-rungsschicht aus sich selbst heraus bil-den, gleichsam im Gehen, wie Münch-hausen, der sich am eigenen Zopf aus dem Sumpf zog.

So werden zwei Momente, die eigent-lich erst der innerjugoslawische Bürger-krieg richtig plakatiert, für alle Welt schmerzhaft sichtbar — das Übergewicht des Militärs in der serbischen Gesell-schaft und das Fehlen von Traditionen für den zivilen Umgang mit Macht. Vielleicht mehr als irgendwo sonst in Europa hat die Armee das moderne Serbien, später Jugoslawien zum Nationalstaat gemacht. Vom Serbischen Aufstand 1804 über die Geheimorganisation „Schwarze Hand“ und ihren Kampf um die Kontrolle der 1912/13 neuerobernten Gebiete (Makedo-nien, Kosovo) zieht sich eine Linie bis zu Titos Partisanenkrieg im Zweiten Welt-krieg. Heute kämpft die serbisch domi-nierte „Bundes“- oder „Volks“-armee nur noch um ihr Überleben in einem mög-lichst großen „Groß-Serbien“, ohne Rücksicht auf die Bevölkerung.

Schließlich läßt sich am Kosovo im Süden ein Konflikt erklären, den man mit historisch-nationaler Nostalgie um-schreiben könnte: Das Amsfeld war einst Keimzelle des mittelalterlichen Ser-bien gewesen. Andererseits erlitten die Serben hier ihre für sie dreifach traumati-sche Niederlagen gegen die Türken: Sie gerieten unter die Herrschaft des Osmani-schen Reiches, als Vasallenstaat 1389, als osmanische Provinz 1448. Die türkische Herrschaft hielt sich bis 1878. In dem knapp halben Jahrtausend wirkten sich natürlich türkische Einflüsse aus: Wenn Kroaten ihre serbischen Sprachgenossen tödlich beleidigen wollen, nennen sie sie „Türken“.

Hochexplosiv ist die Bindung der Ser-ben an den Kosovo Polje: Die Serben räumten es schrittweise nach ihren Nie-derlagen von 1389 und 1448, während Albaner aus dem Süden nachrückten. Sie machen heute 90 % der Bevölkerung aus. Geliebten aber sind im Kosovo „heilige“ Stätten der Serben, kirchliche wie weltli-che, die sie an ihre mittelalterlichen Ursprünge erinnern. Es blieb der Wille, die heute überwältigend albanische Pro-vinz mit allen Mitteln für ein erneuertes Groß-Serbien zu behaupten. Die Autono-mie, die Tito dem Kosovo (wie der teilwei-se ungarisch besiedelten Vojvodina) ge-währt hatte, hob das post-titoistische Ser-bien 1989 wieder auf und organisierte zum Gedenken der ersten Schlacht auf dem Amsfeld am 28. Juni 1989 eine gigantische Millionendemonstration im Kosovo, entschlossen, am Boden ihrer Ahnen um jeden Preis festzuhalten.

Nationaler Vergleich der Balkan-Völker

Das lateinischgeprägte Ungarn ist im Norden des hier als „Balkan“ abgekürz-ten Südosteuropa national ähnlich homo-gen wie im Süden das orthodoxe Grie-chenland. Nach dem Schock des Volks-aufstandes von 1956 und seiner gewaltsa-men Niederwalzung durch die UdSSR setzte sich, wie so oft in der Geschichte, das unterlegene Prinzip hinter dem Rük-ken der Sieger dialektisch doch allmäh-lich durch: Ungarn eröffnete als Vorreiter von Reformen die Hinwendung zum Westen und öffnete im kommunistischen Osten nicht zufällig im August 1989 seine Grenze zu Österreich und damit den Weg für viele Flüchtlinge aus der DDR.

Mit westlicher Hilfe könnte Ungarn am ehesten die schmerzhafteste Umstellung zum freien Markt und zur parlamentari-schen Demokratie schaffen. Sollten die kompakten ungarischen Minderheiten in der Slowakei, in Rumänien (Siebenbürgen) und Serbien (Voivodina) nicht drangsaliert werden, so könnte Ungarn auch ethnisch-national einen Beitrag zur Stabilität durch freies Wirtschaften und Demokratie leisten. Verschärft sich aber die Lage ungarischer Minderheiten, so ist mit dem Wiedererwachen einer ungarischen Irredenta, gar eines großungari-schen Chauvinismus zu rechnen.

Slowenien hätte als kleiner, ethnisch so gut wie homogener Nationalstaat und wegen seiner 1000jährigen Verbunden-heit mit den Deutsch/Österreichern (seit dem Mittelalter als Herzogtum Krain) eine gute Chance, seine westliche Wirt-schafts- und Sozialstruktur weiter zu ent-

wickeln, wenn man es nur läßt. Nicht zufällig haben die großserbischen „Jugo-slawen“ seit dem offiziellen Ende des Kommunismus Slowenien nach verhält-nismäßig kurzen Kämpfen politisch frei-gegeben.

Kroatien und Serbien Bosnien-Herzegovina Makedonien

Sehr viel schwieriger ist die Lage Kroatiens. Seine historischen Grenzen, wie sie sich seit der Eroberung Bosniens 1463 und der Herzegovina 1483 heraus-gebildet haben, sind so gut wie nicht zu verteidigen und folgen keinem nationalen Prinzip: In Kroatien leben viele Serben, zugleich viele Kroaten außerhalb Kroati-ens, vor allem in Bosnien-Herzegovina. Die Weigerung des neuen Kroatiens, von Anfang an und unmißverständlich Garantien für seine Minderheiten zu geben, steht am Anfang des serbisch-kroatischen Krieges. So hatten groß-serbische Chauvinisten leichtes Spiel, den Genozid-Komplex ihrer Landsleute in Kroatien gegen die pauschal als „Ustascha-Faschisten“ verleumdete Kroaten zu mobilisieren, mit buchstäb-lich verheerenden Wirkungen.

Beiderseits vereinbarte Grenzverände-rungen mit der Einbeziehung kompakter Minderheitsgebiete in Serbien bzw. Kroatien und friedlich-vereinbarten Um-siedlungen wären wohl die rationalste Lösung gewesen. Die inzwischen einge-tretenen Zerstörungen und Fluchtbewe-gungen machen sie vielleicht zur einzig übrigbleibenden Alternative. Wenn mög-lich, wären bei dieser Gelegenheit auch die übrigen Minderheitenprobleme des früheren Jugoslawien zu regeln, vor allem der Voivodina und des Kosovo: Entweder wirkliche Autonomie innerhalb Serbiens (oder eines wie auch immer gearteten verkleinerten Jugoslawien) oder nationa-le Selbstbestimmung für Ungarn und Albaner, notfalls unter Anschluß an den jeweiligen Nationalstaat, — dann aller-dings mit entsprechenden Autonomie-rechten für die neuen Minderheiten der Serben.

Das größte Hindernis liegt jedoch in Bosnien-Herzegovina. Dort gibt es kom-pakte serbische und kroatische Gebiete, die den Anschluß an Serbien und Kroa-tien suchen. Was aber geschähe dann mit den muslimischen Bewohnern Bosniens und der Herzegovina? Sollten serbisch-orthodoxe Chauvinisten sie als Nach-kommen der „Verräter“ von 1389 und 1448 entdecken, so wäre ein neuer Geno-zid im Herzen des Balkans vorprogram-miert. Ohne allseitig guten Willen könnte Bosnien-Herzegovina zu dem avancie-ren, was es 1878—1918 für die Donaumo-narchie gewesen war, zur entscheidenden kritischen Explosionsmasse für einen Vielvölkerstaat in seiner Agonie, nämlich für das sterbende Jugoslawien. Sarajevo ist die Hauptstadt von Bosnien-Herzogo-vina!

Ethnisch-kulturell-religiös-national noch diffuser ist das bisher jugoslawische Makedonien, das nie einen eigenen Staat bildete und daher auch keine eigene nationale Identität herausbilden konnte. Mit den sich überschneidenden „histori-schen“ Ansprüchen von gleich drei Nach-barn und Teilungsmächten (Griechen-

land, Bulgarien, Serbien) war es seit der Großen Orientkrise 1875—1878 und ihrer oberflächlichen Lösung auf dem Berliner Kongreß von 1878 der klassische Zankapfel zwischen drei neuen Nationalstaaten und provozierte schon mehrere Balkankriege. Annexionsgelüste nur einer der drei Teilmächte könnten den nächsten Balkankrieg auslösen.

Rumänien, Bulgarien, Albanien, Griechenland

Ein Alptraum an Komplikationen für sich ist Rumänien. Durch seine Minderheiten (Siebenbürgen/Transsylvanien) ist es nach Westen mit dem (vorläufig noch ruhenden) ungarischen Vulkan, nach Osten durch das auf Anschluß drängende Moldawien (Beßarabien) mit dem sich abzeichnenden Chaos der Ex-UdSSR verknüpft. Ähnlich wie durch Jugoslawien geht die Grenze zwischen Latinität und Orthodoxie mitten durch Rumänien — westlich der Karpathen leben die ohnehin lateinischgeprägten Minderheiten (Ungarn, Deutsche). Aber kirchlich-religiös, und damit letzten Endes doch ausschlaggebend, sind die Rumänen durch die Zugehörigkeit zur Orthodoxie geprägt.

Bulgarien, traditionell am stärksten rußlandfreundlich auf dem Balkan, hat ähnliche Mühe wie Rumänien, sich aus dem Debakel des Kommunismus zu retten. Von Ferne gesehen erscheint als sein größtes internes Problem die substantielle türkische Minderheit. Nur ehrliche Autonomie könnte die so leichtfertig zugefügten Wunden der Vergangenheit wieder heilen. Nach außen müßte sich Bulgarien aller „historischen“ Ansprüche enthalten — Dobrudscha gegen Rumänien, und das „herrenlos“ gewordene Makedonien. Sonst könnte Bulgarien die Lunte zum schon beschworenen 3. Balkankrieg legen, mit sicher auch für Bulgarien katastrophalen Folgen.

Am weitesten in seiner xenophobischen Abschließung und in der Praktizierung eines staatlichen Atheismus war das kommunistische Albanien gegangen. Als ohnehin am wenigsten entwickeltes Balkanland stürzte es 1990 entsprechend tief auf das Niveau eines Vierte-Welt-Landes ab: Hungeraufstände und Massenflucht waren die logische Folge. Die Albaner sind zwar überwiegend Muslims, weisen jedoch auch erhebliche Minderheiten von Orthodoxen und Katholiken auf.

Bleibt schließlich Griechenland, auf dem Balkan ein Unikum, sozusagen ein historischer Irrläufer: Als Wiege der klassischen griechischen Kultur und als staatliche Verkörperung der griechischen Orthodoxie par excellence gehört es gleichwohl zur sonst lateinischen EG. Gleichzeitig hegt es historisch starke Sympathien für Rußland, die sich auch auf die kommunistischen und sozialistischen Parteien des demokratischen Griechenland übertrugen. Mit dem Ende des Kalten Krieges fällt eine besondere Klammer der Bindung an den Westen fort; eine Verwicklung in Regionalkonflikte (z. B. Makedonien) zieht das Land weiter in die Wirren des Balkans. Der stets latente Konflikt mit dem ungeliebten NATO-Partner Türkei könnte der völligen Re-Balkanisierung des orthodoxen Griechenland den Rest geben.

Chance in demokratischer Kompromißfindung?

Der Zusammenbruch des Kommunismus hat den riesigen Konfliktraum „Balkan“ wieder freigesetzt. Das berüchtigte „Pulverfaß Europas“ wird zum großen Schmelztiegel, in dem alles möglich wird — Kriege wie im untergehenden Jugoslawien, Fluchtbewegungen, Umsiedlungen, Massaker, Grenzveränderungen, territoriale Umgruppierungen, Mobilisierung — angeblich oder wirklich — verfolgter Minderheiten als staatssprengende Irredenta — Kriege (fast) aller gegen (fast) alle.

Im Augenblick nur schwer vorstellbar. Alle Beteiligten enthalten sich selbstzerstörerischer Hegemonialträume, gestützt auf „historische“ Ansprüche irgendwo und irgendwann. Gleichberechtigung und Demokratie für Minderheiten, umgesetzt in abgestuften Formen kultureller und politischer Autonomie, lokaler bis regionaler Reichweite, wären Voraussetzung für jede friedlich-schiedliche Lösung des Knäuels von Problemen. Vor allem aber müßten die postkommunistischen Nachfolgestaaten eine Lehre aus ihrer blutigen Geschichte ziehen: Sie müßten auf die Anwendung der Jakobinerformel — „la nation une et indivisible“ („die eine und unteilbare Nation“ — verzichten, denn sie führte nur zur selbstmörderischen Zwangsassimilation unterdrückter Minderheiten, die dagegen mit Widerstand reagieren.

Ohne Hilfe, aber auch Intervention von außen, wie sie sich jetzt mit der Entsendung einer UN-Friedenstruppe ins umkämpfte Kroatien abzeichnet, ist gegenwärtig keine konstruktive Lösung in Sicht. Das ist keine unzulässige Einmischung in innere Angelegenheiten eines souveränen Landes, sondern Konsequenz aus den KSZE-Verträgen und der Unterzeichnung der UN-Menschenrechte durch Jugoslawien, deren bindende Kraft auch für Serbien, dem größten Nachfolgestaat Jugoslawiens, gelten muß.

Eine delikate Aufgabe für die Deutschen

Die zögerliche Präferenz für das lateinische Slowenien und Kroatien hat im Falle Deutschlands und Österreichs nichts mit der Expansion eines „Vierten Reiches“ zu tun, zumal das Argument am schrillsten von Serbien kommt, das damit von seinen eigenen Imperialen ablenken will. Dennoch müssen sich Deutsche und Österreicher ihrer historischen Belastungen bewußt bleiben. Sie müssen ein Maximum an möglicher Objektivität auch gegenüber den Serben aufbringen und selbstkritisch die nun wirklich imperiale Rolle Deutschlands in zwei Weltkriegen, gerade auch auf dem Balkan, bedenken. Die Ankündigung des Bundeskanzlers, auch Serbien, so es das wünscht, in ein europäisches Wiederaufbauprogramm einzubeziehen, setzt einen konstruktiven Anfang.

Generell könnte die europäische Schadensbegrenzung und der Beginn zur Sanierung am leichtesten vom Norden

und Westen her einsetzen, um den Schmelzbrand erst einmal einzudämmen, damit er nicht noch weiter um sich greift: Ungarn und Slowenien wären am leichtesten wieder aufzubauen. Die Konsolidierung Kroatiens und Bulgariens wären wichtige weitere Schritte.

Vielleicht hilft eine moderne Erneuerung und Fortentwicklung des Berliner Kongresses von 1878 unter EG- oder UN-Auspizien jetzt am besten als europäische Dauereinrichtung, so lange das Pulverfaß Balkan eben noch glimmt. Dessen Regelungen waren einst für bestenfalls fünf Jahre gedacht gewesen. Jetzt ginge es darum, mit den Erfahrungen seit über einem Jahrhundert einen neuen Anfang zu machen, der auf Dauer angelegt sein muß. In einem mühsamen und geduldigen Prozeß wären Kompromisse für alle Kontrahenten unvermeidlich. Kompromisse wären aber immer noch billiger als selbstzerstörerische Konflikte, wie sie Kroatien und Serbien vorführten. Sie wären nur Vorspiel zu Mehr und Schlimmerem, wenn es nicht gelingt, die jüngsten negativen Erfahrungen positiv für alle Beteiligten zu wenden. ●

